Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,60 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 293 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 16. Dezember 1933

Probleme im Reisen.

Diplomatenreisen. — Der neue Reichstag. — Persönlichkeitswert und -verantwortung.

Man könnte es unter Umständen bedauern, daß die Kabinen der D-Züge oder Flugzeuge — geheizt sind! Angesichts der jetzigen Kälte würden vielleicht in der eisigen Luft der Wirklichkeit die Diplomaten verschiedener Großmächte zu schnelleren Entschlüssen kommen, als wenn sie ihre Beschlüsse in der warmen, gut geheizten Temperatur ihrer Beförderungsmittel zusammenbrauen. Denn die Reisediplomatie der letzten Tage hat das Problem, um das sich alles dreht, nämlich das der Abrüstung, ebensowenig einen Schritt vorwärtsgebracht, wie das zweite Problem, das eigentlich den Drehpunkt der ganzen europäischen Diplomatienarbeit ausmacht: die deutsch-französischen Beziehungen. Diplomatenbesuche in Paris, Diplomatenbesuche in London und Berlin, — und doch hat man die Empfindung, daß die Bearbeitung jener beiden Probleme überhaupt erst am Anfang steht! Mehr oder minder innegehalten wird dabei auch das diplomatische Geheimnis um diese Verhandlungen. Aber meistens halten es die Beteiligten für nicht gerade unzweckmäßig, in zielbewußter Absicht irgendeinen Zipfel dieses sogenannten Geheimnisses zu lüften. So glaubt man zu wissen, daß der englische Botschafter in Paris, Lord Tyrell, im Auftrage der französischen Regierung (!) jetzt in London angefragt hat, wie sich Macdonald und sein Kabinett zu der Frage einer teilweisen Aufrüstung Deutschlands auf etwa 300 000 Mann mit entsprechenden Waffen stellen würde, weil man glaube, die Abrüstungskonferenz nur dann wirklich wieder in Gang bringen zu können, wenn sich grundsätzlich die Abrüstung der Hochgerüsteten und die Aufrüstung der Abgerüsteten entgegenkommen wird. Viel wichtiger als diese Frage ist aber die zweite, die Lord Tyrell nach London getragen hat, ob nämlich jene allmähliche Ausgleichung der Rüstungswerte begleitet sein würde von einer neuen Garantie für Frankreichs Sicherheit. Das alles aber ist nicht Geist vom Geiste des deutschen Friedensangebotes, das der deutsche Volkskanzler Adolf Hitler schon so oft in die Welt hinausgesandt hat und das durch die Wahlparole des 12. November von neuem bekräftigt worden ist. Frankreich hat — und das ist das Entscheidende für die politische Entwicklung der Zukunft auch in der Frage der Abrüstung — das Wort des gesamten deutschen Volkes und seines Führers, daß wir nichts als den Frieden wollen. Es ist also der Sinn der deutschen Diplomatie von heute und morgen, die Welt davon zu überzeugen, daß dieses Wort des deutschen Volkes Sicherheit genug und übergenug ist und daß, wer sonst noch etwas will, dieses Wort durch die einfache Tat bekräftigt finden soll, durch Deutschlands restlose Abrüstung für und in demselben Augenblick, an dem die ganze Welt abrüstet.

*

Diesen Willen des deutschen Volkes und seines Führers zum Frieden hat die kurze Reichstagssitzung insofern unterstrichen, als sich alle Mitglieder der auf jene Wahlparole vom 12. November gewählten Volksvertretung geschlossen hinter den Willen der Regierung gestellt haben, genau so, wie es das deutsche Volk an jenem Tage getan hat. Parlamentarische Regierungen sonstiger Art bedürfen in der Regel eines Vertrauensvotums, und an dieser gefährlichen Klippe ist ja in Frankreich gerade in der letzten Zeit ein Ministerium gescheitert und ein zweites vorbeigesteuert, obwohl beide eigentlich dasselbe wollten, nämlich die finanzielle Sanierung Frankreichs, also die Bewältigung eines drängenden politischen Problems. Die deutsche Reichsregierung eines Adolf Hitler bedarf dessen nicht, seit ihr der vergangene Reichstag fast uneingeschränkte Vollmachten übertragen hatte. Auch der neue Reichstag steht zu jenem Beschluß vom 23. März.

*

Immer ist und bleibt eben im politischen gerade so wie im wirtschaftlichen Leben die Einzelpersönlichkeit das Vorwärtstreibende, aber zugleich das nur vom Bewußtsein der Verantwortlichkeit Gebändigte. Im politischen wie im wirtschaftlichen Leben lassen sich Leistungen, wie der Reichswirtschaftsminister Doktor Schmitt kürzlich in seiner programmatischen Rede äußerte, nur dann erzielen, wenn aus jedem einzelnen die ihm von Gott gegebenen Fähigkeiten herausgeholt werden. Individuelle Leistungsfähigkeit in dem Bewußtsein eigener Verantwortlichkeit — das ist eigentlich das Ziel einer jeden natürlichen, also gerade der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. In der Politik aber wie in der Wirtschaft und hier ebenso auf der Arbeitgeber- wie auf der Arbeitnehmerseite ist überall und nicht zuletzt in Deutschland selbst der Wert der Eigenpersönlichkeit und ihrer moralischen Verantwortung bewußt in den Hintergrund gedrängt worden, weil man alles an sich schätzte, „das Menschenantlitz trägt". Die verantwortungsbewußte Leistungsfähigkeit ganz in den Vordergrund zu stellen, ihr die Entschlußfreiheit zu geben im Interesse der Gesamtheit, hat darum der Wirtschaftsminister auch als den Inhalt des ständischen Aufbaues erklärt. Und so gilt für alle Probleme der deutschen Außenpolitik, der Weiterarbeit am ständischen Aufbau und der Wirtschaft ein Satz aus der Rede des Reichswirtschaftsministers in gleichem Maße: „Wir wollen bewußt für das Können des einzelnen die volle Bewegungsfreiheit offenhalten, wofür er allerdings auf der anderen Seite die Verantwortung zu tragen hat!"

Dr. Pr.

Wichtige Beschlüsse des Reichskabinetts

Im Zeichen neuer Handelspolitik.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause eine Reihe von Gesetzentwürfen vorwiegend wirtschaftspolitischer und finanzpolitischer Art.

Genehmigt wurden die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegten Gesetzentwürfe über den Verkehr mit Milcherzeugnissen und über den Verkehr mit Eiern. Der hauptsächlichste Zweck der beiden neuen Gesetze ist die dauernde Ordnung des Marktes, durch die bisher übliche

starke Marktschwankungen ausgeglichen und möglichst gleichbleibende Preise

insbesondere im Interesse der Verbraucherschaft gewährleistet werden.

Die Einfuhr soll nicht abgedrosselt werden, aber sie kann nun den Bedürfnissen des deutschen Marktes angepaßt werden. Gleichzeitig wird dadurch eine größere Möglichkeit geschaffen, um bei der Einfuhr auf solche Länder Rücksicht zu nehmen, die ihrerseits bereit sind, die deutsche Ausfuhr aufzunehmen. Damit werden grundsätzlich neue Wege für die deutsche Handelspolitik eröffnet. Die Gesetze bestimmen, daß

Butter, Käse und Eier im Inland nur durch Reichsstellen in den Verkehr gebracht

werden dürfen. Das gilt sowohl für Inlandsware als auch für die Einfuhr. Wer Butter, Käse oder Eier in den Verkehr bringen oder aus dem Auslande einführen will, muß sie vorher der zuständigen Reichsstelle zum Kauf anbieten. Lehnt die Reichsstelle die Annahme ab, so darf die Ware im Inland nicht in den Verkehr gebracht werden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft setzt die Übernahme- und Abgabepreise der Reichsstelle fest. Die Beschränkungen des Verkehrs werden sich nur auf das für die Marktordnung Notwendigste erstrecken.

*

Weitere Gesetze.

Außer den handelspolitisch wichtigen Gesetzen werden eine Reihe Gesetze verabschiedet, die im Sinne der

Vereinheitlichung und Zentralisierung

wirken. Das Reichskabinett verabschiedete ein Gesetz über die Reichsluftfahrtverwaltung. Dieses Gesetz bestimmt u. a., daß die staatlichen Hoheitsgesetze in der Luftfahrt, soweit sie bisher noch den Ländern zustanden, auf das Reich übergehen. Der Reichsminister für Luftfahrt wird damit in Zukunft auch Träger der gesamten Luftpolizei- und Flugsicherungsaufgaben.

Ein Gesetz über den Deutschen Gemeindetag setzt diesen unter eine straffe Reichsaufsicht und enthält eingehende Bestimmungen über die Organisation und die Finanzgebarung dieser Körperschaft des öffentlichen Rechts. — Ein Gesetz zur

Änderung des Genossenschaftsgesetzes

bedeutet eine erste wichtige Etappe auf dem Wege einer Umgestaltung des deutschen Gesellschaftsrechts. Das Gesetz bezweckt einen verstärkten Rechtsschutz der Genossen und enthält Bestimmungen über Zwangsvergleiche, Zulassung des Vergleichs über die Nachschußpflicht und Einstellung des Konkursverfahrens. Die Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht soll in Zukunft überhaupt verschwinden.

Ein Gesetz über Maßnahmen auf den Gebieten des Kapitalverkehrs trifft Bestimmungen über den Kündigungsschutz für zinsgesenkte Forderungen und über die Stundung von Hypotheken sowie über die Ablösung von Grundstückslasten durch Hingabe von Schuldverschreibungen.

Ferner verabschiedete das Reichskabinett ein Gesetz über Reisekostenvergütungen der Beamten, durch das der Begriff der Dienstreisen vereinfacht wird sowie ein Gesetz über die Bildung des Aller-Ohre-Verbandes, wodurch die Meliorationsgenossenschaften und die berührten Kommunalverbände des Bezirks zu einem gemeinsamen Zweckverband vereinigt werden, um das ausgedehnte Niederungsgebiet zu kultivieren.

Genehmigt wurde ein Gesetz gegen Waldverwüstung sowie ein Gesetz zur Sicherung der Düngemittel und Saatgutverordnung, ein Gesetz über Schiedsabreden in Kartellverträgen, ein Gesetz über Spar- und Girokassen, Kommunalkreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen, ein Gesetz zur Aenderung des Privatnotenbankgesetzes, wonach die Befugnis zur Notenausgabe der Ländernotenbanken mit dem 31. Dezember 1935 erlöschen soll.

Ein neues Kaliwirtschaftsgesetz paßt die Regelung der Kaliwirtschaft den neuen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen an. Durch ein Gesetz über die Schaffung einer Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung wird die zentrale Handhabung der Devisenwirtschaft vom Reichswirtschaftsministerium abgetrennt, soweit das mit der Natur der hier vorliegenden Aufgabe vereinbar ist und auf eine besondere Reichsstelle übertragen.

Schließlich wurde noch ein Gesetz über die Beisitzer der Arbeitsgerichte und Schlichtungsbehörden und die Vertreter bei den Fachausschüssen für Hausarbeit sowie über Betriebsvertretungen verabschiedet, durch das eine Verlängerung der Berufungszeit der am 31. Dezember 1933 im Amt befindlichen Beisitzer und Vertreter bis zum 30. April 1934 eintritt.

Da das in Vorbereitung befindliche Gesetz zur Vorbereitung der nationalen Arbeit erst am 1. Mai 1934 in Wirksamkeit treten soll, wurde eine weitere Uebergangsregelung auf diesem Gebiete notwendig.

Opfer der Arbeit beim Kanzler.

Ein Greis bringt Ruhrkohle als Geschenk dar.

Eine Abordnung der Deutschen Arbeitsopfer, nämlich des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeitsopfer in der Deutschen Arbeitsfront, konnte dem Führer eine Weihnachtsbotschaft in Form einer Ruhrsteinkohle überreichen. Diese Weihnachtsbotschaft wurde dem Führer durch einen 72jährigen Bergmann überreicht, der 51 Jahre lang die Kohle zu Tage gefördert hat. Voller Ergriffenheit übernahm der Führer das Geschenk und sprach dann längere Zeit mit der Abordnung über die Lage der gesamten deutschen Arbeitsopfer. Unter anderem wurde der Wunsch der deutschen Arbeitsopfer: Gleichstellung der Arbeitsopfer mit den Kriegsopfern und Anerkennung der Schirmherrschaft des Verbandes der Deutschen Arbeitsopfer dadurch bestätigt, daß der Führer der Abordnung mitteilte, es gebe für ihn keinen Unterschied zwischen Arbeitsopfern und Kriegsopfern. Beide hätten auf dem Altar der Nation zum Wohle des deutschen Volkes ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel gesetzt. — Der Führer sprach dann eingehend mit einzelnen Mitgliedern der Abordnung und ließ sich von ihnen über ihren Berufsunfall berichten.

„Uebereinstimmung in allen Fragen."

Paris, 15. Dezember. Benesch setzte am Freitag seine Besprechungen mit Paul-Boncour fort. Im Laufe des Tages stattete er dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, Herriot, und Henry Berenger einen Besuch ab, um sich über die Haltung des Parlaments in den internationalen Fragen zu unterrichten. — Obgleich man in amtlichen Kreisen größte Zurückhaltung beobachtet und sich mit dem Hinweis begnügt, daß nach Abschluß des Meinungsaustausches mit Benesch eine amtliche Verlautbarung herausgegeben würde — und man braucht kein Prophet zu sein, um deren Inhalt schon jetzt zu ergründen — unterstreicht die Presse die vollkommene Uebereinstimmung Frankreichs mit der Kleinen Entente in allen auf der Tagesordnung stehenden internationalen Fragen.

Der „Intransigeant" glaubt zu wissen, daß Benesch sich über die Lage der Donauländer sehr optimistisch geäußert und seinem französischen Kollegen erklärt habe, die Kleine Entente fühle sich stark genug, um den Frieden in Südosteuropa zu garantieren. Die einzige Frage, die in diesem Zusammenhang noch zu gewissen Beunruhigungen Anlaß gebe, sei die Haltung Ungarns. In der Abrüstungsfrage soll sich Benesch selbstverständlich hinter die französische Regierung gestellt und darauf hingewiesen haben, daß die auf dem Versailler Vertrag hervorgegangenen Länder ebenso wie Frankreich nicht weiter abrüsten dürften, um für alle Möglichkeiten vorbereitet zu sein. Ueber die Frage der Neuordnung des Völkerbundes habe Benesch gleichfalls ausführlich mit Paul-Boncour verhandelt. Er habe weder einer Aenderung der Satzungen noch den Bestrebungen zugestimmt, den Völkerbund aus dem Rahmen des Versailler Diktats herauszunehmen. Benesch habe diese Haltung damit begründet, daß der Versailler Vertrag und die aus ihm hervorgegangene Völkerbund die einzigen Garantien der Mächte darstellten und ein unzerstörbares Ganzes bildeten.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF